DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 16 ab Samstag, 22. August 2020 in Berlin, Stralsund und bundesweit. 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DIE REGIERUNG UND EINE HANDVOLL WISSENSCHAFTLER VERBREITEN LÜGEN EINER DE-FACTO GLEICHGESCHALTETEN PRESSE. OPPOSITIONELLE STIMMEN WERDEN UNTERDRÜCKT UND VERFOLGT. ZUM ERSTEN AUGUST 2020 TRATEN 1,3 MIO DEMOKRATEN IN BERLIN FÜR DIE REPUBLIK EIN. AB DEM 29. AUGUST WERDEN 10 MILLIONEN ZUR VERFASSUNGSGEBENDEN VERSAMMLUNG IN BERLIN ERWARTET.

Die MÄRCHEN-HOCHZEIT des Jahrhunderts!

von Batseba N`Diaye und Hendrik Sodenkamp

Es war einmal vor langer, langer Zeit ein Land. Dieses Land wurde von einer gütigen und guten Regierung geleitet. In dem Land gab es durch gute Gesetze immer weniger Arme. Die Reichen aber hatten auch nicht viel mehr als die normalen Bürger. Alle waren gleich an Rechten und beteiligten sich in gleichem Maß am Gemeinwesen durch sinnvolle und gerechte Arbeit und im fairen politischen Wettstreit. Jeder Mensch war gleich wichtig und alle hatte gleich viel zu bestimmen.

Dieses Land lebte auch nicht auf Kosten seiner Nachbarn, führte keinen Krieg, begegnete den anderen auf Augenhöhe und schrieb ihnen nichts vor. Deshalb wurde dieses Land von allen geschätzt und alle Bevölkerungen im Aus- und Inland stimmten regelmäßig ab, dass sie mehr Zusammenarbeit wollten. Ein noch größerer Zusammenschluss bedeutete ein noch besseres, gerechteres und freieres Leben für alle Menschen. Und der Zusammenschluss bedeutete noch mehr Frieden.

Da kam eine ganz, ganz schlimme und ganz, ganz neue Krankheit aus einem weit entfernen Land. Zwar hatte die Regierung schon lange Gesetze für den Umgang mit Krankheiten, aber diese Krankheit war so anders und so viel gefährlicher als alle anderen Krankheiten zuvor, dass sie mit ihr nicht wie gehabt umgehen konnte. Das sagte der Rat von besonnenen Ärzten und Weisen.

Alle, wirklich alle, die sich auskannten, sagten der Regierung: »Ihr braucht jetzt mehr Macht, um die Menschen zu beschützen.« Die Krankenhäuser waren zwar vorbildlich, die Ärztinnen und Pfleger arbeiteten dort in heilender Gelassenheit mit viel Personal und nur zum Wohle der Menschen, aber es gab einfach gar keine andere Möglichkeit, als dass alle Leute zuhause bleiben, sich vermummen und auf Abstand zueinander gehen mussten. Das sagten alle, wirklich alle, die sich mit Krankheiten auskannten.

Da weinte die Regierung sehr, weil sie die Menschen einschränken musste.

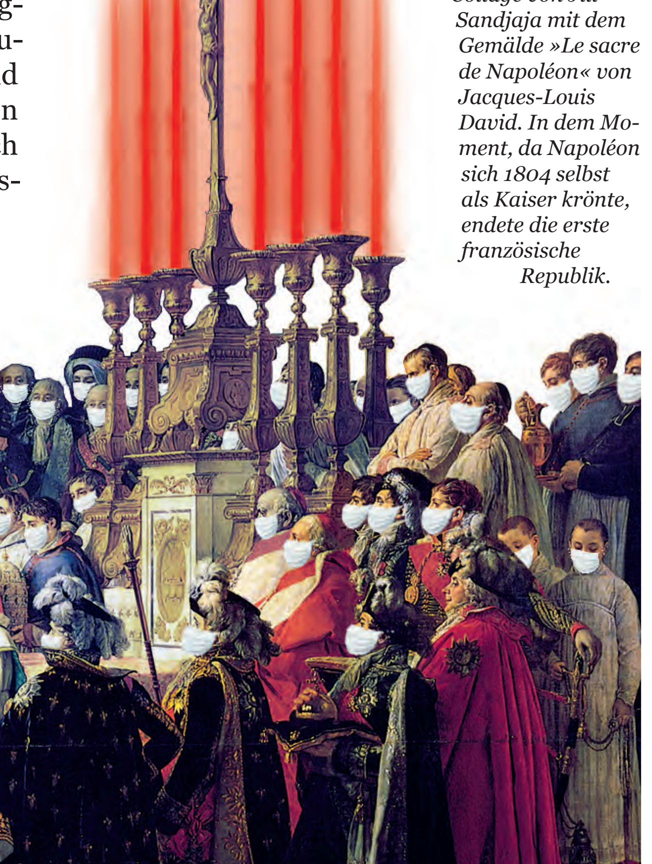
Weiterlesen Seite 6

ES GEHT IMMER WEITER

Zensur, Schmiergelder, Lügen und Verfassungsbrüche. Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden hier und jetzt in der Bundesrepublik statt. Der Corona-Virus ist in Deutschland quasi nicht mehr aufzufinden. Durch unwissenschaftliche Tests wird die Panik weiter geschürt (Seite 3). Die Angst in der Bevölkerung hat durch die Paranoia-Presse irrationale Dimensionen überschritten (Seite 7).

Demgegenüber beharren Hunderttausende und Millionen Demokratinnen und Demokraten in der Bundesrepublik und in ganz Europa auf dem Erhalt von Grundrechten, der Gewaltenteilung und Demokratie (Seite 4). Die größte Verfassungsbewegung der Geschichte (Seite 5).

Am 29.08.2020 wird wieder nach Berlin eingeladen, um die alt gewordene Gestalt der Republik zu erneuern. Wie wird das politische Berlin und dessen Infrastruktur mit den vielen Menschen aus aller Welt umgehen können (Seite 6)? - Wir bleiben friedlich, Provocateure gehören nicht zu uns und Faschisten raus aus der Regierung (Seiten 2 und 8).



»Coronation«, Collage von Jill Sandjaja mit dem Gemälde »Le sacre de Napoléon« von Jacques-Louis David. In dem Moment, da Napoléon sich 1804 selbst als Kaiser krönte, endete die erste französische Republik.

NICHTOHNEUNS.DE

Sommer der Demokratie
Aufklärung, Wahlen, Republik!

Die Ringe der Einheit *von Anne Höhne*

Ich kam in eine graue, zerfallene Stadt. Es brannten keine Laternen und es roch nach Rauch und Verwesung. Kein Mensch war weit und breit zu sehen. Die maroden Hauswände waren mit Abstandsmahnungen plakatiert und ich kämpfte mit der Übelkeit. Ich stolperte über Schlaglöcher und hatte Not, in der Dunkelheit nicht ins Geröll zu fallen. Die Stadt mündete in einer Wiese, von wo aus ich lautes Geschrei vernahm.

Ich entdeckte dort drei tobende Kinder. Als ich näher zu ihnen kam, erkannte ich, dass sie weinten und zankten. Ihr Weinen und Zanken war so ansteckend und einladend, dass ich mich ihnen ohne langes Nachdenken anschloss. Zuerst weinte ich nur und schrie laut auf. Da ich den Grund ihres Streites nicht kannte, ergriff ich mal für den Einen und dann wieder für den Anderen Partei. Das muss von außen ein recht lächerliches Bild abgegeben haben, doch wie soll ein Mensch in Freude lachen, wenn er in Trauer und Wut nicht weint?

Wir stritten uns weiter in Rage und fuhren ganze drei Tage so fort. Irgendwann wurden wir doch der Widerworte müde, wurden leise, wimmerten noch ein wenig nach und ließen uns erschöpft auf das Gras neben das Tränenmeer nieder. Wir schwiegen und schliefen ein. Nach dem Aufwachen erkundigte ich mich vorsichtig nach dem Grund des Streites. Ich fürchtete zwar, das Feuer erneut zu entfachen, aber die Erschöpfung war größer und so fing der Jüngste an zu erzählen.

Die Kinder seien Brüder gewesen und trauerten um ihre Eltern. Die Mutter, die ihnen das Leben und die Liebe geschenkt hatte, sei in einer stürmischen Nacht verschwunden. Und der Vater, der ihnen Führung und Ordnung lehren sollte, habe erst alles vergessen und sei dann wegen des Kummers über den Verlust seiner Gemahlin verstorben.

Der Vater hätte einen Ring besessen. Dieser sei über Generationen von Vater zu Sohn weitergegeben und Stolz der Familie gewesen sein. Es handelte sich um einen besonders kostbaren Ring mit einem funkelnden Opal. Der Ring war das Symbol des Stadtfürsten, welcher dem Träger Weisheit, Tapferkeit, Besonnenheit und nicht zuletzt Gerechtigkeit schenkte. Diese Eigenschaften waren es, die dem Fürsten der Stadt helfen sollten, Wohlstand, Frieden und Bildung der Bürger sichern.

Auf meine Frage, was nun nach dem Tode des Vaters mit dem Ring geschehen sei, entflammte der Zorn der Brüder von Neuem, die sich des Redens müde mit Fäusten und Fußtritten über die Wiese kugelten. Diesmal hielt ich mich zurück und sinnierte darüber, was wohl mit dem Ring geschehen sei.

Die Knaben, die vom letzten Streit noch zu erschöpft waren, hielten nicht lange aus. Verschrammt setzten sie sich wieder und jetzt erkannte ich, dass jeder von ihnen einen identischen Ring

Weiterlesen in rechter Spalte.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die- Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose Liberale verschiedener Couleurs, MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition in der Bundesrepublik 2020.

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird. Wir erleben den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – Die DW-Redaktion

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a pre-fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for are work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organizations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

mit einem eingefassten Opal trug. Der Älteste erzählte, dass der Vater jedem von ihnen einen Ring geschenkt hätte. Jeder gleiche dem anderen haargenau, dass kein Mensch erkennen konnte, wer den echten Ring des Fürsten trug. Da nun unklar war, wer den echten Ring der Gerechtigkeit trug, konnten sich die Brüder nicht einig werden, wer der neue Fürst werden sollte.

Deshalb hatte die Stadt keinen Fürsten und der Irrsinn hatte die Regierungsgebäude besetzt. Der Irrsinn, ein tyrannischer Herrscher, war im ganzen Land für dessen Mordsucht und Habgier bekannt. Es sei Schuld am Verfall der Stadt, am Elend und Vergehen der Bürger. Solange sich die Brüder nicht einigten und der rechtmäßige Fürst sein Amt nicht annehme, würde der Irrsinn weiter um sich greifen und seine Macht über Stadtgrenzen hinaus ausweiten. Als die Köpfe der Knaben wieder erröteten, ging ich dazwischen:

Ich stotterte zuerst und versuchte die richtigen Worte zu finden. Ich stellte mich auf, um Zeit zu gewinnen, räusperte mich und begann zu erzählen.

»Wisst ihr es denn gar nich? Hätte ich das früher gewusst, ja dann hätte ich es gleich erzählt. Ich wusste doch nicht, wer ihr seid. Und das meine Geschichte die eure ist.
Also, im Süden traf ich einen Fuhrmann, der mich zu einer Insel bringen sollte. Wir überquerten das Wasser bei Mitternacht und beim tiefsten Punkt des Sees warf er ein kleines Leinenbündel über Bord. Natürlich wollte er mir erst nichts sagen, doch irgendwann singt jeder! Eine weinende Frau habe ihn gebeten, etwas für sie verschwinden zu lassen. Es handelte sich um einen kostbaren Ring. Er sei ein Familienerbstück gewesen und er sollte, wie sie sagte, für großen Ärger sorgen. Es sei der Ring der Gerechtigkeit und dieser würde ihre Familie in großes Unglück stürzen, wenn er nicht auf ewig verschwinde. Die Frau, die ihren Mann und ihre Kinder über alles liebte, konnte den Gedanken nicht ertragen, dass nur einer ihrer drei Söhne erben und regieren würde. Sie schenkte doch allen gleichermaßen das Leben, sorgte für sie und allen gehöre die Stadt und Welt zugleich. Wenn der Ring den Fürsten wählen sollte, dann müsse entweder jeder ihrer Söhne einen erhalten oder keiner. Und so stahl sie den Ring und sich davon. Nun verstehe ich auch, wohin eure Mutter verschwand und ich verstehe den Kummer des Vaters. Eure Mutter, die euch alle gleichwertig sah, wollte niemals, dass ihr streitet. Wahrscheinlich ließ euer Vater drei identische Ringe nachmachen. Im Sinne seiner Ordnung sollt ihr somit alle herrschen, einig und gemeinsam - oder niemand von euch und somit der Irrsinn.«

Die Knaben sahen sich an und verstanden. Wieviel Zeit war unnötig verstrichen, wie viele Tränen wurden vergossen und wie viele Schläge ertragen? Noch an diesem Tage schworen sie sich, den Irrsinn aus der Stadt zu treiben. Ein jeder solle gehört und Entscheidungen in Wahlen getroffen werden. Auch wollten sie nicht alleine regieren. Ein jeder Bürger solle einen Ring erhalten und in Gemeinschaft eroberten sie den Wohlstand, den Frieden und die Bildung zurück.

Gesundheit

Die unendliche Geschichte

Die fliegende Regierungsinsel und ihre Hofdichter finden aus Phantásien nicht mehr zurück.

von Dr. Wolfgang Wodarg

Die zwei Welten driften auseinander. Auf der einen Seite ist da unser beobachtbares Lebensumfeld. Den meisten dürften keine Erkrankungs- oder gar Todesfälle im Bekanntenkreis bekannt sein, schon gar nicht aus den letzten Monaten. Auf der anderen Seite ist da die erweiterte Realität der Medien. Dort lauert noch immer tödliche Gefahr, setzt rücksichtsloses Partyvolk unser aller Gesundheit aufs Spiel, zittert die Menschheit vor einer zweiten Corona-Welle. Wenn wir aufmerksam sind, bemerken wir, dass selbst in den Mainstreammedien die Todeszahlen aus Deutschland kaum mehr vorkommen. Der Grund: die wären zu wenig beängstigend. Stattdessen fokussiert man sich auf einen durch exzessives Testen verursachten, ohnehin nicht sehr starken Anstieg der Infiziertenzahlen. Niemand fragt, ob die in den Medien breitgetretenen Skandale wie Tönnies oder das »leichtsinnige« Verhalten der Demonstranten am 1. August 2020 bei Menschen überhaupt ernsthafte gesundheitliche Schäden verursacht haben. Hinter dem Hype stecken handfeste Interessen, die es aufzudecken gilt.

Ist irgendjemand in den letzten Tagen mal im Freibad oder am Badestrand gewesen und hat die Menschenmassen im Wasser und beim Sonnenbad gesehen? Niemand trägt in den randvollen Becken eine Maske und das schon seit Wochen. Wo bleiben die Infizierten der maskenlosen Groß-Demo zu »Black-Lives-Matter«? Oder die der friedlichen Großdemo am 1. August 2020 in Berlin?

Wann wurde die Müllentsorgung eingestellt, obwohl die Menschen dort doch den »Virenwolken« aus dem Abfall, aus Taschentüchern und gebrauchten Masken, intensiv ausgesetzt wären?

Und wo sind die Tönnies-Toten? Wo sind die Herzinfarkte in Heinsberg?

Wo sind die Nieren- und Nervenschäden in Ischgl, wo 85 Prozent gar nicht gemerkt haben, dass sie COVID-19 hatten?

Eine Pandemie, die Menschen in diesem Jahr vermehrt erkranken lässt, findet schlicht nicht statt. Wer hier von Präventionsparadoxon spricht, missbraucht den Begriff und hat von Infektionsepidemiologie keine Ahnung.

Was es gibt, sind Testorgien, die eine Scheindynamik erzeugen. Bei der niedrigen Prävalenz (Häufigkeit) von SARS-CoV-2-Infektionen sagt ein positiver Test erst recht nichts aus. Die Zahl der jetzt »gefundenen Fälle« entspricht der Zahl der Gesunden, bei denen falsch positive Tests zu erwarten wären. Je mehr getestet wird, umso mehr falsch »positive« Gesunde werden gefunden. Das hat mit Krankheit nichts zu tun, sondern nur mit der zur Angstmache missbrauchten und teuren Testerei.

Die Pandemie-Panik-Story von einem tödlichen Virus aus Wuhan ist längst von der Wirklichkeit überholt worden. Die vom PCR-Test jetzt gefundenen Virus-Sequenzen waren längst vor Wuhan weltweit verbreitet. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind schon immer immun gegen die jedes Jahr in verschiedenen Variationen wiederkehrenden Coronaviren. Eine Massenimpfung gegen Coronaviren ist deshalb unnötig. Darüber hinaus bergen die neu ausprobierten Technologien große Risiken. Auch die Beobachtungszeiten sind viel zu kurz. Wer solchen Impfstoff als Arzt angesichts dieser Lage verwendet, handelt unverantwortlich. All das ist längst wissenschaftliches Allgemeingut.

Weiterhin fehlt in der Berichterstattung jeder Hinweis darauf, dass die in Deutschland mit positivem SARS-CoV-2-Test Verstorbenen im Median 82 Jahre alt waren. 85 Prozent der Verstorbenen waren 70 Jahre und älter. Die Altersstruktur der Verstorbenen ist in Schweden nicht anders als in Deutschland. Tendenziell waren die Verstorbenen dort sogar noch älter.

Die katastrophalen Gesundheitsverhältnisse in den Armenvierteln der USA, Brasiliens, Perus oder Indiens werden für Angstmache und politisches Kalkül missbraucht.

Auch in Norditalien, Madrid oder Belgien haben wir längst genügend Informationen aus erster Hand. Diese zeigen, dass nicht ein neues Virus, sondern der Umgang mit der Panik zu krisenhaften Versorgungsstörungen, Fehlbehandlungen und zu entsprechenden Opfern unter Geschwächten oder Fehlversorgten führte. Gerade in unübersichtlichen oder korrupten Gesundheitssystemen wird mit ungeeigneten PCR-Tests hausiert und Schindluder getrieben. Die profitable Testerei wird missbraucht zu destabilisieren, die Menschen den Profiteuren der Angst in die Hände zu treiben und ihnen riskante Impfungen anzudrehen.

Unbemerkt können weltweit dabei auch jene profitieren, die hinter dem »Öl der Zukunft«, unseren genetischen Daten her sind. Jeder Rachenabstrich erntet Zellen, die genetisch sequenziert werden können und den privaten Laboren wertvolle Informationen versprechen. Wer schützt uns vor Missbrauch?

Die Bundesregierung, die kurz vor der Krise gerade dem »Eine-Million-Genome-Programm« der Wirtschaft und der EU beigetreten ist?

Auch immer mehr Bürger wissen das schon. Wann nehmen Medien und Politik das zur Kenntnis?

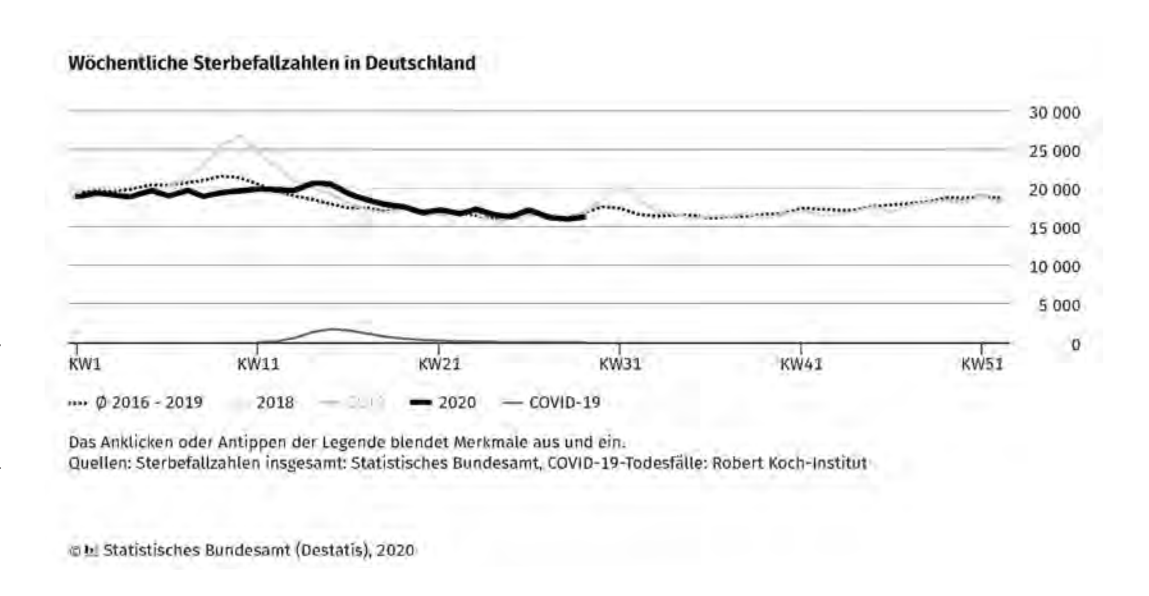
Wie können wir die Verantwortlichen und ihre medialen Handlanger zur Rechenschaft ziehen?

Der Text ist eine Übernahme aus dem unabhängigen Magazin rubikon.news *des Publizisten Jens Wehrnicke.*



»Sie müssen eins sehen: Dadurch, dass wir — toi, toi, toi — die Zahlen so runtergebracht haben, haben wir im Moment eine Positivtestung von unter einem Prozent, bei gleichbleibend konstanter Testzahl in den letzten Wochen. Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir nicht nachher durch zu umfangreiches Testen zu viele falsch Positive haben. Da muss man erstmal um zwei Ecken denken, weil die Tests nicht hundert Prozent genau sind, sondern auch eine kleine Fehlerquote haben. Und wenn insgesamt das Infektionsgeschehen immer weiter runter geht und sie gleichzeitig das Testen auf Millionen ausweiten, dann haben sie auf einmal viel mehr falsch Positive als tatsächlich Positive.«

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn noch am 14. Juni 2020



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

Res Publica

Letzte zivilisatorische Standards bewahrt

Christine Lambrecht, *Preisträgerin der Republik*

»Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.« Dieser Satz des Philosophen Theodor Adornos erhält insbesondere dann seinen Sinn, wenn ihn sowohl jene beherzigen, die ihre Macht verlieren, als auch jene, die eigene Ohnmacht überwinden. Zu ersterer Gruppe gehört Christine Lambrecht (SPD), derzeit noch amtierende Bundesjustizministerin. Sie erhält den Preis der Republik, obwohl auch sie sich als Mitglied des Kabinetts Merkels unter »Corona« keinesfalls mit Ruhm bekleckert hat. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass sie in einem entscheidenden Moment den zivilisatorischen Anstand wahrte.

Seit dem 1. August 2020, als sich laut Polizeimeldung vom Tage bis zu 1,3 Millionen Demokratinnen und Demokraten in Berlin versammelten, ist klar, dass keine zweite *Fake*-Welle wird durchgeführt werden können. »Verbieten«, »niederknüppeln«, »abschlachten«, »vernichten«, lauteten die Forderungen des mit Mann und Maus untergehenden neoliberalen Apparats von *Abendschau* bis *Zeit*, von CDU bis Linksfraktion. Im politischen Berlin war die Anspannung der angeschlagenen Machthaber bis in die Außenbezirke spürbar.

Am Mittwoch dann nach dem Großen Augustwochenende die Meldung: Christine Lambrecht, Justizministerin, setzte gegenüber der fanatisierten Mediokratie durch: Nein, die grundgesetzlich verbriefte Versammlungsfreiheit wird nicht wieder ausgeixt. Nein, man wird die politische Niederlage gegen das Volk akzeptieren. Nein, es wird keinen deutschen Tiananmen-Platz geben. Und das heißt: Ja, auch am 29. August wird die Opposition in der Bundesrepublik demonstrieren dürfen — und damit wird sich die Bundesregierung der Friedlichen Revolution zu beugen haben. Die Deutschen verfassen sich neu auf Basis des Grundgesetzes.

Lambrecht gebührt der Preis der Republik, die bei der entscheidenden Kabinettssitzung auf letzten zivilisatorischen und grundgesetzlichen Standards bestand — gegen den Furor ihrer Kolleginnen und Kollegen, die wissen, dass es für sie politisch zu Ende geht, ja, bereits zu Ende gegangen ist. Dafür gebührt Lambrecht Anerkennung. Christine Lambrecht erhält als Justizminsiterin, die eigene Ohnmachtsgefühle in den Griff bekommen hat, den Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie.





Geliebt, gehasst, geehrt

Ken Jebsen, *Preisträger der Republik*

Die große Leistung des Journalisten Ken Jebsen besteht darin, über ein Jahrzehnt die kritische Intelligenz angeregt und herausgefordert zu haben wie kein zweiter. Tausende Interviews, Buchvorstellungen und Berichte legen Zeugnis ab von einem kontinuierlichen publizistischen Werk, das zu keinem Zeitpunkt mehr behauptete, als es war und ist. Es steht ein hochintelligenter Kopf, offen und menschlich, Kind einer Einwandererfamilie und im besten Sinne ein echter linksliberaler Selfmademan, nicht notwendig — und nicht sein Ziel — mit jedem einzelnen Beitrag jede und jeden einverstanden zu machen. Das kritische Denken selbst ist die Aufgabe.
Jebsen überragt bereits heute alle lebenden Rundfunk- und TV-JournalistInnen bei Weitem und hat seinen Platz in der Geschichte der Journalistik bereits heute verdient. Der Preis der Republik geht an einen echten Öffentlichkeitsmacher, der auch im 19. und 20. Jahrhundert seinen Platz gefunden hätte; seiner ist im 21. Jahrhundert, in dem ihm niemand etwas vormacht.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird vom Trägerverein dieser Zeitung in Form eines Porträts und einer Medaille am Band verliehen. Bisher ausgezeichnete PreisträgerInnen: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karin Reiss, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, die 1,3 Millionen DemonstrationsteilnehmerInnen vom »Tag der Freiheit« am 01. August 2020.

»Ich bin natürlich entsetzt, wie schnell und ohne Infragestellung auch in den maßgebenden Medien alle möglichen einander widersprechenden Erklärungen und Maßnahmen angenommen wurden und in der Breite, in der sie durchgesetzt und gegen die leisesten Bedenken und Kritik mit Zähnen und Klauen, unter Missachtung selbst des geringsten Respekts verteidigt werden. Dieses Ausmaß hat mich überrascht und zeigt, wie stabil die Herrschaft ist und wie tiefgehend sie internalisiert ist — vor dem Hintergrund von Angst allerdings.«

Professor Dr. Klaus-Jürgen Bruder ist Psychoanalytiker, Professor für Psychologie an der Freien Universität Berlin und Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie
www.nichtohneuns.de/virus:
250 EXPERTISEN ZU CORONA

Eine Frage an Ken Jebsen

DW: ***Herr Jebsen, worin befinden wir uns eigentlich gerade? Ist das Kapitalismus? Ist das kapitalistischer Sozialismus? Ist das noch eine Demokratie oder schon direkt die Diktatur?***

Ken Jebsen: Wir leben seit der Entstehung des Internets in hochspannenden Zeiten. Der Staat, aber vor allem der Tiefenstaat, hat sein Meinungsmonopol verloren. Die Bürger informieren sich seit Jahren an den kontrollierenden Staats- und Konzernmedien vorbei. Dieses »Leck« bekommen die Machthaber, die sich hinter den Politikern und Alphajournalisten verstecken, einfach nicht mehr geschlossen.

Immer mehr Bürger wissen aus der Sicht des Staates einfach zu viel. Aber vor allem haben sie die permanenten Manipulationen der sogenannten Massenmedien erkannt. Dabei ging unwiederbringlich der größte Teil des bisherigen Vertrauens verloren. Du kannst lange sehr viele Menschen zum Narren halten, aber nicht alle immer. Jetzt geht es darum, dass die Menschen lernen mit ihrem neuen Wissen, das sie vor allem aus unabhängigen Medien erhalten, so umzugehen, dass die Gesellschaft sich auch spürbar, sprich dauerhaft verändert.

Es ist nicht damit getan, eine neue Partei zu gründen und alles wird gut. **Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der sich zu Nachhaltigkeit bekennt.** Das ist mit diesem Wirtschaftssystem nicht zu machen. Der Kapitalismus, der in Wahrheit längst ein Neo-Feudalismus ist, zerstört alles auf diesem Planeten, da er jeden Menschen zum permanenten Konkurrenzkampf zwingt. Auf allen Gebieten.

Piketty (franz. Soziologe) hat das sauber auf den Punkt gebracht, als er schrieb: »den Kapitalismus sollte man nicht roh genießen. Er muss gekocht werden durch eine demokratische Gesellschaft.« Kapitalismus roh ist Anti-Sozial.

Im Moment erleben wir über die sogenannten Corona-Krise den Versuch einen totalitären Gesundheitsstaat zu errichten. Dabei geht es überhaupt nicht um Gesundheit. Es geht auch nicht um einen Corona-Impfstoff. Dass die Pharmabranche sich noch dreister bedienen will als nach 2008 die Bankenmafia stimmt zwar, nur liegt das Motiv tiefer und hat mit unserem Geldsystem zu tun.

Wo sollen die zu erwirtschafteten Gewinne herkommen, wenn wir seit Jahren Minuszinsen fahren? Wesentlicher aber ist, dass eine sogenannte Corona-App, die alle Menschen übermorgen schon über das Betriebssystem ihres Telefons zwangsinstalliert bekommen, diese Menschen vor allem zu permanenten Daten-Erzeuger macht. Und diese Daten werden von den Silicon-Valley- Kraken vermarket. Sie verkaufen uns nicht nur permanent Zeug, was kein Mensch benötigt , sie erheben vor allem Metadaten und führen so akribisch Buch über unser individuelles Verhalten.
Im Kern geht es um Verhaltenssteuerung. Wir werden berechenbar und lenkbar. Das war‘s dann mit echter Demokratie. Jeder Widerstand wird schon morgen im Keim erstickt. Wir sind dann wie Skinner-Ratten, denen man, wenn sie nicht spuren und nach Freiheit rufen, einen Stromschlag verpasst. DAS ist die wirkliche Agenda hinter dem ganzen Hype. **Willkommen im Überwachungs-Kapitalismus.**

Mein Rat: Auf die Strasse. Alle. Es wird Zeit die Parteiendiktatur in diesem Land zu beenden. Wir sollen uns an der Schweiz orientieren. Ich würde der BRD empfehlen 50 Prozent der Parlamentarier durch Direktkanditaten zu ersetzen. Das ist der Anfang. Aber es sollte nicht das Ende sein. Wie wäre es mit der Einführung eines freiwilligen demokratischen Jahres? Bezahlt. So könnte man echte Demokratie langsam erlernen.

Die Frage stellte Anselm Lenz.

Die anderen zwei Fragen und das gesamte Interview finden Sie auf: demokratischerwiderstand.de

LEBEN IM REGIERUNGSVIERTEL

Mit einem Protestcamp hält die Demokratie wieder Einzug in Berlin-Mitte

Nach der Großdemonstration vom 1. August 2020 in Berlin wollten einige Querdenker nicht einfach wieder nach Hause gehen. Sie blieben in der Stadt und campierten vom 01. August knapp zwei Wochen vor dem Bundeskanzleramt. Ihr Ziel: die Aufhebung aller Coronamaßnahmen, die Wiederherstellung aller Grundrechte und ein echter politischer Diskurs über die Verfassung. Das Camp vor dem Kanzleramt wird wohl den Startpunkt für eine Berlin- und deutschlandweite Protestcampbewegung markieren.

Unter dem Motto »Wir gehen hier nicht weg, bis ihr mit uns sprecht«, meldete der Heilbronner Dirk Scheller eine Dauerdemonstration »Querdenken — Zentrale Außenstelle Berlin« für 50 Teilnehmer auf der Bürgerwiese vor dem Bundeskanzleramt an. Aus ganz Deutschland kamen Camper zusammen und auch Berliner tauschten ihr bequemes Bett mit einer Isomatte im Zelt.

Von Anfang an wurden dem Camp von behördlicher Seite aus Schwierigkeiten gemacht. Das Grünflächenamt kümmerte sich außerordentlich um die Grasnarbe, obwohl einige Camper mit grünem Daumen die Bewässerung des Rasens organisierten. Polizeiliche Patrouillen besuchten in regelmäßigen Abständen das friedliche Camp und verwendete von den Protestierenden veröffentlichtes Videomaterial gegen diese. Für ein umfangreiches Bild: Der Berliner Journalist Martin Lejeune war von Anfang an im Camp und begleitete die Geschehnisse mit großem zeitlichen und persönlichen Einsatz. - Wir sind keine Kollegenschweine und können den Hut vor dieser schwindelerregenden Leistung ziehen.

Die Drangsalierung des Camps durch die Berliner Behörden endete mit einer brutalen Räumung durch die Berliner Polizei aus fadenscheinigen Gründen. Obwohl Banner, Zeitungen und Spruchbänder die ganze Zeit sichtbar waren, mobile Demonstrationen organisiert wurden und mit anderen Protestformen experimentiert wurde, behauptete die Polizei, dass kein Versammlungscharakter erkennbar sei. Das Eigentum der Demonstranten wurde dabei beschädigt und einige Teilnehmer fuhren im Anschluss in die Charitè, da sie leicht verletzt waren.

Der Versuch, ein neues Camp zu gründen, wurde vorerst verboten. Dennoch geht der Widerstand unter Sternen weiter. Ab Donnerstag, den 20. August, finden Meinungskundgaben der Quercamper von 16 bis 19 Uhr vor dem Bundeskanzleramt statt. Damit soll eine Präsenz vor Ort gezeigt werden.

Darüber hinaus findet das Grundrechts-Camp schon Nachahmung. Derzeit wird auf der Bundestagswiese unter dem Sternenhimmel genächtigt. Die öffentliche Einladung zur Großdemonstration am 29. August nicht nur Plakate und Trillerpfeifen, sondern auch Zelt und Schlafsack mitzubringen, wird wohl den Traum vom belebten Regierungsviertel möglich machen.

»Was wäre es für ein eindrucksvolles Bild, wenn das gesamte Regierungsviertel ein einziges Protestcamp wäre! Vom Kanzleramt, Bundestag, Abgeordnetenhaus und Spreewiesen bis zum Schloss Bellevue«, so eine Camperin.



Bildcollage von Jill Sandjaja: »Prinzessin Leia badet in der Spree vor dem Abgeordnetenhaus. Ihr Mitstreiter hat aus Stylegründen noch Angst vor dem Absprung.«

SACHSEN TRAGEN DEN RUNDEN TISCH NACH BERLIN

Der lange Gang durch die Republik für eine friedliche Revolution

EINLADUNG *von Michael Grasemann*

Der runde Tisch steht symbolisch für die Forderung an die, die politische Entscheidungen treffen, nicht nur »zwei oder drei« Berater anzuhören, sondern auch den Menschen zuzuhören und auf ihre Fragen zu antworten. Dieser Runde Tisch hat sich mit einer aus dieser Initiative entstandenen Bewegung am 16.06.2020 in »Bewegung« gesetzt:

AUF NACH BERLIN ZUR GROSSEN DEMONSTRATION AM 29.08.2020

Begleitet von einem großen Banner mit dem Portrait Mahatma Grandis auf einem Schiebekarren, laufen mehrere Menschen zu Fuß nach Berlin. Im Geiste Gandhis ist dies ein friedlicher Weg für das Recht auf Freiheit und

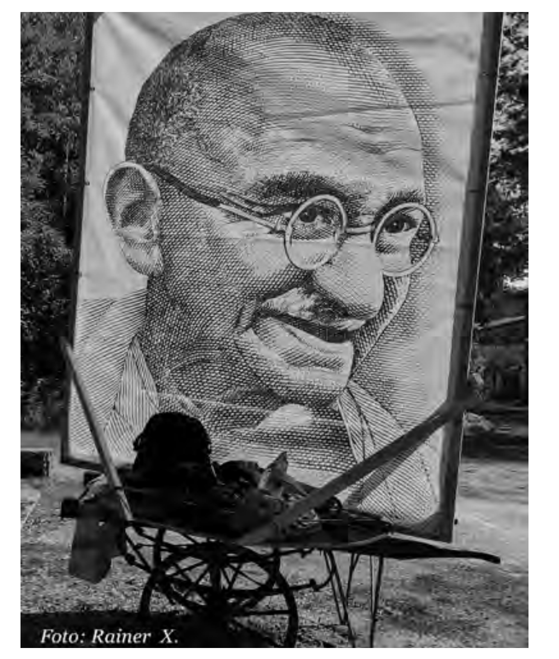


Foto: Rainer X.

Selbstbestimmung eines jeden Menschen, ein friedlicher Widerstand gegen Spaltung der Gesellschaft, gegen Fremdbestimmung und Hetze.

Von dieser Initiative soll der Impuls ausgehen, sich anzuschließen oder Menschen dazu zu bewegen, sich aus allen Richtungen selbstbestimmt auf den Weg nach Berlin zu begeben. Der Friedensmarsch ist als Demonstration angemeldet.

Wer sich anschließen will, ≠kann sich unter *info@rundertisch2020.de* melden.

Jeder ist dabei für sich selbst verantwortlich. Es ist keine »Veranstaltung«, sondern ein gemeinsamer Weg. Parteipolitische Statements oder Vereinnahmung sowie jegliche Art von Fahnen oder Transparenten sind auf diesem Weg unerwünscht. Übernachtet wird auf Parkplätzen, Campingplätzen oder wo es sonst noch möglich ist.

Michael Grasemann *ist Diplom-Bildhauer aus Dresden. Während der Corona-Krise brachte er Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer an den »Runden Tisch 2020«, um Antworten zu erhalten. Obwohl dieser kam, blieb er die Antworten schuldig. Michael Grasemann nimmt es jetzt selber in die Hand.*

BERLIN INVITES EUROPE

Ein kurzes Telefongespräch mit dem Initiator Michael Ballweg vor der nächsten größten Demonstration der Bunderepublik am 29.08.2020

DW: Guten Tag Herr Ballweg. Wie ist der Stand der Planung für die Großdemonstration am 29. August 2020?

Michael Ballweg: Wir kommen gut voran. Wir haben für die Versammlung den gesamten Bereich auf der Straße des 17. Juni inklusive Großer Stern bis zur Spree angemeldet. Das technische Konzept haben wir bei der Versammlungsbehörde schon frühzeitig eingereicht. Der bisherige Ansprechpartner bei der Versammlungsbehörde ist aber auf unbestimmte Zeit im Urlaub und die Behörde und die Polizei haben sich bis jetzt noch nicht bei uns gemeldet.

Da schließt sich auch gleich die zweite Frage an: Welche Schwierigkeiten gibt es denn im Vorfeld?

Wir haben natürlich viel Planungsarbeit. Auch werden wir von den Teilnehmern der Demonstration ein wenig überrannt, bis dahin, dass diese bei uns klingeln und uns vom Arbeiten abhalten *(er lacht)*. Auch unser Einladungsvideo auf youtube wurde gerade gesperrt, weil eine Urheberrechtsverletzung vom *rbb* beanstandet wurde. Wir hatten in dem Video einen Ausschnitt des Regierenden Berliner Bürgermeisters Michael Müller. Es gibt also viele Ebenen auf denen wir gerade zu tun haben.

Der Ausschnitt war doch als Zitat gekennzeichnet. Nun, die Demonstration am 29. August wird aber stattfinden?

Aber natürlich! Wenn sich die Versammlungsbehörde nicht mehr meldet, dann ist die Demonstration für uns automatisch genehmigt. Aber ich gehe davon aus, dass uns die Beamten wie üblich einen oder zwei Tage vorher kontaktieren und einen umfangreichen technischen Maßnahmenkatalog haben werden, der uns das Leben noch ein wenig schwer machen wird. Darauf sind wir aber vorbereitet.

Die Fragen stellten Anne Höhne und Hendrik Sodenkamp

So wird der 29. August

Am 29. August 2020 findet die erste europaweite Großdemonstration unter dem Motto »Fest für Freiheit und Frieden« um die Initiativen Querdenken und nicht ohne uns! statt. Es wird die Rückkehr von Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte gefordert. Die Demonstration ist auch ein Signal in die Welt, dass die verfassungsgebenden Prozesse, welche nun in ganz Europa einsetzen werden, auch über Staatsgrenzen hinweg friedlich und auf Augenhöhe durchgeführt werden.

Ab 10:30 Uhr versammeln wir uns vor dem Brandenburger Tor, um von dort aus begleitet von 20 Aufzugswagen und den Friedensfahrzeugen durch die Berliner Innenstadt zur Hauptkundgebung auf der Straße des 17. Juni zu gelangen. Auf dem Weg durch die Stadt werden auf den verschiedenen Wägen Einzelkundgebungen stattfinden.

Die Initiative der Busunternehmen #honkforhope unterstützt wie auch am 1. August die Anreise. Es werden mehr als 1,3 Millionen Teilnehmer erwartet, die aus ganz Deutschland und Europa anreisen *(nächste Seite)*.

Politik

Die 10 Millionen Menschen …und Berlin

Die Bilder von Berlin am ersten August gingen um die Welt. Jetzt geht die Welt am 29. August nach Berlin. Doch ist das überhaupt technisch möglich?

EINE FOLGENABSCHÄTZUNG von Nicolas Riedl

Die Nebelwand, die bis zum 1. August den Horizont des maximal denkbar Möglichen darstellte, löste sich an jenem Tag auf. Auf 500.000 Teilnehmer schätzte Querdenken 711 die Besucherzahlen für diesen Tag. Zweifel ob dieses Optimismus wurden selbst in den eigenen Reihen geäußert, die jedoch alsdann verflogen, als an diesem historischen Tag selbst die kühnsten Träume übertroffen und die Straßen Berlins von mehreren Hunderttausenden nach Freiheit und Frieden dürstende Demokraten geflutet wurden.

Während die Initiatoren die Anziehungskraft ihres Vorhabens unterschätzt hatten, errichteten die Mainstream-Medien ein in seiner Dreistigkeit historisch einmaliges Lügenkonstrukt und reduzierten die wie auch immer hohe Veranstaltungszahl um mindestens 90 Prozent. Statt wahrheitsgemäß von mehreren Hundetausenden zu berichten, hielten sie sich unisono an der lächerlichen Zahl von 20.000 fest und begaben sich damit journalistisch auf das Niveau einer von Ri Chun-hee moderierten Nachrichtensendung im Koreanischen Zentralfernsehen.

Diese dreiste Lüge stellte allerdings nur den Blitz dar, auf den zwei Wochen später der Donner folgen sollte. Denn als direkte Folge dieses »verantwortungslosen« Superspreader-Events prophezeiten diese Medien einen massiven Anstieg der Covid-Infektionen.

DAS ENDE DER PANDEMIE

Doch was bereits 14 Tage nach Black Lives Matter (BLM) am 6. Juni – also nach dem Ablauf der Covid-Inkubationszeit – bewiesen wurde, wurde nach dem 1. August erneut bewiesen. Massenveranstaltungen unter freien Himmel mit oder ohne Masken und bar jedes Sicherheitsabstandes führen nicht ansatzweise zu einem ungehemmten Seuchenausbruch.

Analysiert man die Zahlen des RKI über die akkumulierten Covid-Fälle in Deutschland sowie die Zahl der durchgeführten PCR-Test in den jeweiligen KWs, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Die Inkubationszeit nach dem »Tag der Freiheit« unterscheidet sich von der nach BLM dahingehend, dass in den zwei Wochen nach dem 1. August lediglich ein Prozent mehr Menschen positiv auf Covid-19 getestet wurden, als in den Folgewochen nach BLM, während jedoch gleichzeitig sechs (!) mal so viele Tests durchgeführt wurden, als in der BLM-Inkubationszeit.



Die Welt zu Gast bei Freunden, das Berliner Gesicht des Widerstands Captain Future *ist sich seiner Sache sicher. Foto: Steve Schramm*

Will heißen: **Selbst nach einer Test-Orgie schafften die Konstrukteure des Corona-Narratives es lediglich, eine Erhöhung der Test-Positive um circa einen Prozentpunkt herauszuquetschen.**

Somit verkommt auch die infame Anklage des Berliner Bürgermeisters Müller, die Demonstranten würden durch ihr Verhalten das Leben anderer Menschen gefährden, zur unbegründeten und faktisch widerlegten Schuldzuweisung.

Ergo: Das politische Verhindern der Großdemo »Berlin invites Europe« am 29. August kann keinesfalls epidemiologisch, sondern nur mit demokratiefeindlicher Gesinnung begründet werden. Ganz abgesehen davon, ist das alleinige Anstoßen einer Debatte über ein Demo-Verbot eine Bankrotterklärung für einen sich als demokratisch verstehenden Staat.

Nun soll am 29. August die Teilnehmerzahl in etwa verzehnfacht werden. Wie realistisch ist das? Zunächst müssen wir das Besucheraufkommen am 1. August differenziert betrachten. Auch wenn weit mehr als 500.000 Teilnehmer an diesem Tag zugegen waren, so befanden sie sich keineswegs allesamt im Bereich des Tiergarten und schon gar nicht auf der Straße des 17. Juni.

Wie würde sich die Lage nun darstellen, wenn die Fläche des Tiergartens nicht einmal eine halbe Million Menschen aufnehmen kann, nun aber das 20-fache auf die Hauptstadt zurollt?



WIRD DAS KLOPAPIER KNAPP?

In Berlin leben knapp 3,7 Mio. Einwohner. Nun soll also an diesem Tag das 2,5-fache zusätzlich die Fläche Berlins bevölkern? Das wäre in etwa gleichbedeutend, wie wenn alle Bewohner Limas an einem Tag anreisen würden.

Selbsterklärend würde allein schon die bloße Anreise von 10 Millionen Menschen eine erhebliche, logistische Herausforderung darstellen. Am ersten August waren bereits die Busunternehmen City-Tours und Kaden-Reisen in Ermangelung genügender Busse außerstande, 200.000 Besucher nach Berlin zu befördern. #honkforhope war da etwas besser aufgestellt, aber auch das wird nicht reichen.

10 Millionen Teilnehmer würde bedeuten – selbst wenn manche schon vorher anreisten – dass auf sämtlichen nach Berlin verlaufenden Autobahnen der Verkehrsfluss durch die Metalllawinenflut in bis zum Horizont sich erstreckenden Staus zum Erliegen kommen würde. Die Bahnhöfe Berlins würden aus den Nähten platzen. Da das Steuergeldvernichtungscenter im Süden Berlins erst im Oktober 2020 seine Pforten öffnen wird – wer‘s glaubt – wäre der Flughafen Tegel theoretisch bereits bei einer Quote von rund einem Prozent jener, die per Flug zur Demo anreisen, überlastet.

GEKOMMEN UM ZU BLEIBEN

Sollte also die Anreise tatsächlich irgendwie bewältigt werden können, wäre die daraus folgende Konsequenz, dass die Demonstration sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen müsste. Das würde mitunter den Stillstand der Stadt zur Folge haben, was Extinction Rebellion bereits zweimal vergeblich versuchte. Und dies wäre letztlich das unübersehbare Zeichen des Menschenmassen-umspannenden Widerstandes gegen das Corona-Regime und die endgültige Erosion der Kategorie »eine kleine Minderheit von Spinnern«.

STADT VON UNTEN MIT BLICK VON OBEN

Sollte es denn tatsächlich dazu kommen, wird sich die Demokratie-Bewegung dieses mal bei der Berichterstattung über die Teilnehmerzahlen nicht lumpen lassen. Da die Berliner Polizei nun die Frist des Erlasses einer einstweiligen Anordnung bezüglich Auskunftsansprüche gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz über die Teilnehmerzahl hat verstreichen lassen und auch vorgibt, die Aufschluss gebenden Videoaufzeichnungen des über der Veranstaltung kreisenden Polizeihelikopters nicht aufbewahrt zu haben, wird Querdenken 711 nun – so wurde es am 8. August auf der Demo in Stuttgart verlautbart – einen eigenen Helikopter in den Himmel über Berlin aufsteigen lassen.

¡NO PASARÁN!

Welch schmutzige, unlautere Tricks das Corona-Regime noch in Petto hat, um diese Veranstaltung zu verhindern, ist derzeit schwer abzuschätzen. Doch angesichts der zahlreichen, raffinierten Vorbereitungsmaßnahmen der Demokratiebewegung wird ersichtlich, wie anpassungs- und lernfähig das Freiheitsvirus ist, für dessen Eindämmung kein politischer Impfstoff verfügbar ist.

Die Märchenhochzeit des Jahrhunderts

Fortsetzung von Seite 1

Und die Regierung weinte gar sehr. Aber notgedrungen setzten sie sich die Krone auf und beendeten die Republik zur Sicherheit von allen.

Die Menschen wussten dabei auch, dass diese Regierung gut war und dass am Ende die Verhältnisse noch besser werden würden als sie vorher schon waren. Denn diese Regierung hatte immer schon an alle Menschen gedacht und nicht nur an wenige Reiche. Deshalb hatten die Menschen nichts dagegen.

Auch wussten die Menschen, dass die Regierung ihre Macht ohne Zögern und ohne Streit wieder zurückgeben würde, sobald es ginge. Die Menschen wussten auch, dass die Regierung immer offen mit ihnen gesprochen und alle wichtigen Pläne offen gelegt hatte, sodass die Menschen als Gleiche über alle wichtigen Dinge hatten abstimmen können. Außerdem wussten die Menschen, dass ihre Vertreter für sie eintreten würden. Die Arbeitervertreter für die Arbeiter, die Gerichte für das Recht und die Schreiber der Zeitungen und Gelehrten der Universitäten für die Wahrheit. Denn alle waren unabhängig von der Regierung und vom Geld.

Es gab aber 17 bis 20 Menschen, die sagten, dass diese Krankheit gar nicht so besonders sei, dass man gelassener mit ihr umgehen solle und dass die Regierung keine besondere Macht bekommen solle, um so in das Leben der Menschen einzugreifen. Diese Menschen waren ganz eindeutig böse. Man wusste nicht, was falsch mit ihnen war. Waren sie von einer bösen Macht aus einem bösen Land geschickt worden, um Unruhe zu schaffen? Waren sie verrückt? Wollten sie sich bereichern? Oder waren sie einfach dumm? Sie beriefen sich auf Menschen, die sich auch als Ärzte, Juristen, Gelehrte und Beamte ausgaben. Aber diese Leute waren seit alters her schon Quacksalber gewesen. Auch diese Quacksalber waren natürlich böse.

Aber das war ganz gleich. Es war ein gerechtes Land und auch die bösen Menschen waren Menschen. Deshalb beschimpfte die Regierung diese Menschen nicht. Überall wurden sie, wie immer, als mündige Menschen behandelt. Da machte es gar keinen Unterschied, ob man im Krieg gegen die Krankheit war oder im Frieden. Und deshalb hatten diese 17 bis 20 Menschen auch keinen Grund sich zu beschweren.

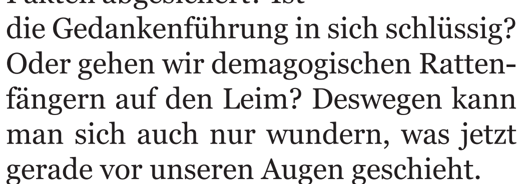
Zum erstmöglichen Zeitpunkt gab die Regierung dann auch ihre neue Macht wieder komplett zurück. Das war, wie versprochen, als die Krankenhäuser nicht mehr an ihre Grenzen kamen. Die Gesellschaft war noch gerechter geworden. Keiner hatte mehr verloren als der andere. Die Reichen waren nicht reicher und mächtiger geworden und es gab auch nicht mehr Arme als vorher. Das Gesetz war nicht verändert worden und wenn doch, so war es, wie durch Zauberhand, gerechter, freier und friedlicher. Wie es in diesem Land immer auch schon gewesen war. So lebten die Menschen im besten aller überhaupt möglichen Länder auf der großen weiten Welt. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie dort noch heute. *Ende*

Die verfassungsbrüchige Regierung und die Medienpropaganda haben Ängste in der Bevölkerung geschürt. Diese sind vollkommen irrational.

EINE EINORDNUNG *von Hermann Ploppa*

Uns ist eingeschärft worden, dass wir uns gegen irrationale, paranoide Wahnideologien wappnen sollen – mit Werkzeugen des kühlen Verstandes. Die Nazis wollten ihren Mitmenschen die Wahnidee einhämmern, die Welt werde von einer jüdischen Rasse durch gigantische Verschwörungen gewaltsam und äußerst raffiniert gekapert. Deshalb wurden unbescholtene, wehrlose deutsche Mitbürger zunächst diskriminiert und schließlich auf bestialische Weise ermordet.

Damit sich so etwas nicht wiederholt, haben wir gelernt, alles kritisch zu hinterfragen. Genau immer zu fragen: ist eine Behauptung durch reale Fakten abgesichert? Ist die Gedankenführung in sich schlüssig? Oder gehen wir demagogischen Rattenfängern auf den Leim? Deswegen kann man sich auch nur wundern, was jetzt gerade vor unseren Augen geschieht.



DIE GEDANKEN SIND FREI JEDER REALITÄT

Das Meinungsforschungsinstitut *Kekst CNC* hat eine repräsentative Umfrage in den sechs Ländern USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden und Japan gemacht.

...UND WIRKLICHKEIT

Jeweils 1.000 Befragte in den jeweiligen Ländern sollten schätzen, wie viele ihrer Mitbürger mit Covid-19 infiziert sind und wie viele von ihnen an oder mit Corona gestorben sind. Die Bundesbürger schätzten, dass elf Prozent aller Deutschen sich mit Covid-19 infiziert hätten. Da haben sich die Befragten um den Faktor 46 verschätzt. Weiter glauben die Deutschen, dass Covid-19 drei Prozent ihrer Mitbürger in den Tod gerissen habe. **Damit haben sie die Mortalität durch Corona dreihundertfach überschätzt!**

In den USA nahmen die Befragten an, dass ein Fünftel ihrer Mitbürger mit dem berühmten Virus befallen sei, und dreißig Millionen Mitbürger seien bereits jetzt an Covid-19 gestorben. Tatsächlich sind in den USA gerade einmal ein Prozent der Bevölkerung infiziert, und die Anzahl der Corona-Toten wurde zum Zeitpunkt der Befragung um den Faktor 225 überschätzt. In allen sechs Ländern ergab die Befragung eine extreme Überschätzung der realen Zahlen. Wie kann das sein?

EINE KLEINE RECHENÜBUNG

Mögen auch die vom *Robert-Koch-Institut (RKI)* bekannt gegebenen Zahlen schon gewisse Mängel aufweisen: sie liegen doch erheblich unter den phantastischen Dimensionen, die Corona in den Hirnen vieler Mitbürger angenommen hat. Nur mal zum Abgleich: am Tag der Niederschrift dieses Textes, dem 19. August 2020, nennt das *RKI* um 8.40 Uhr folgende Zahlen: in dem halben Jahr seit Erfassung der Corona-Zahlen sind durch PCR-Tests bis jetzt 226.914 als mit Covid-19-Virus infiziert registriert worden. Tote mit oder an (?) Corona: 9.243 Personen. Als »Genesen« gelten 203.900 Mitbürger.

Und hier ertappen wir die regierungsamtlichen Statistiker bereits bei einem Etikettenschwindel. Denn die allermeisten dieser »Genesenen« waren zu keinem Zeitpunkt erkrankt. Sie bildeten mit ihren Covid-Viren eine konfliktfreie Wohngemeinschaft. Eine redliche Statistik würde hier von »Personen, bei denen das Virus bereits ausgeschlichen ist« sprechen.

Bleiben also am Tag der Niederschrift dieses Textes lediglich 23.014 Personen, bei denen das Virus jetzt gerade aufgefunden wird. Die also nicht unbedingt krank sind oder gar jemanden anstecken könnten. Es müssen uns also 3.606 Personen über den Weg laufen, bis wir einen Mitmenschen treffen, der das Virus in sich trägt. Und um jemanden zu treffen, der an Covid- 19 akut erkrankt ist und uns anstecken *könnte*, müssen uns in etwa 20.000 Menschen begegnet sein.

DIALEKTIK STAATLICHER AUFKLÄRUNG

Würden die Menschen, wenn sie diese mageren Zahlen wirklich einmal zur Kenntnis nähmen, noch immer all jene grauenhaften Demütigungen und Einschränkungen akzeptieren, denen sie jeden Tag unterworfen sind? Wie kann das angehen, dass gerade auch gebildete Menschen nicht einmal die regierungsamtlichen Zahlen zur Kenntnis nehmen und sich stattdessen lieber im nackten Horror eingebildeter Zahlen zuhause fühlen? Bestaunen wir hier das perfekte Werk jahrzehntelanger Propaganda?

Wir wissen ja, dass bereits seit der Entdeckung des Unbewussten durch Sigmund Freud politische Propaganda versucht, den Menschen am Bewusstsein vorbei subliminale Botschaften unterzuschieben.

WAHN

Wir erkennen auf den ersten Blick sprachliche Schummeleien wie z.B. das oben erwähnte Wörtchen »Genesene« oder die Vermengung von »an« oder »mit« Corona Verstorbenen.

Wir erinnern uns an das perfide Insiderpapier aus dem Bundesinnenministerium, wo empfohlen wird, Kindern Angst und Bange zu machen, sie könnten ihre Eltern anstecken und müssten dann zugucken, wie ihre Eltern elendiglich ersticken. Da sind die italienischen Sargparaden, die mehr sagen als tausend Worte.

Diese Propagandakniffe werden seit vielen Jahren eingesetzt. Im Grunde wird jetzt nur allzu offenbar, wie gewalttätig die politische Propaganda bereits geworden ist. Gewalt, Gewalt, Gewalt soweit das mediale Auge reicht. Wer heute das Erwachsenenalter erreicht, hat seit seiner Kindheit in den Medien zehntausende von Morden gesehen und es ist eigentlich ein Wunder, dass heute noch nicht alle Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Psychologen haben schon eine Sucht nach Horror festgestellt.

WAHN

Als teilnehmend beobachtender Großvater bei den gerade durchgeführten Einschulungsfeiern für unsere Erstklässler sah ich, dass selbst die mitgeführten Zuckertüten Symbole der Gewalt und des Hasses trugen: schaurige Figuren mit zähnefletschenden Fratzen und Ähnliches. Im Grunde wird jetzt nur besonders auf die Spitze getrieben, was sich in den letzten Jahrzehnten zusammengebraut hat.

REALISMUS ALS CHANCE

Anscheinend wurde der paranoide, gewalttätige Politikstil lange schon propagandistisch vorbereitet. Und die jetzige Schere zwischen den realen Corona-Zahlen und der wahnhaften Aufblähung der Corona-Gefahr in den Köpfen vieler Mitbürger ist die Dividende jahrzehntelanger Propaganda. Die oben angeführte Umfrage in sechs Ländern ergab nämlich auch, dass bis zu achtzig Prozent der Befragten mit einem erneuten Lockdown rechnet. Da muss man ja gar nicht mehr so viel machen, um die reale nächste, mit einer übertriebenen Virusgefahr begründete Ausgangssperre zu verordnen.

Dabei hat der paranoide Politikstil schon jetzt gigantische Verletzungen angerichtet. Aus scheinbar würdigen Bürgern sind erniedrigte Maulkorbträger geworden. Salami-Taktik. Zuerst hieß es: alles nur vorübergehend, sorry für die kurzfristigen Unbequemlichkeiten. Nun haben sich alle daran gewöhnt, dauerhaft mit Maske herumzuschleichen. DDR-Bürger waren froh, als sie endlich in Restaurants gehen konnten, ohne dass sie der Kellner platziert hat. Jetzt lesen wir alle erstaunt am Eingang des Restaurants: »Sie werden platziert«. Schulen werden zu Kasernen, in die Eltern schon an der vergitterten Pforte abgewiesen werden: »Bleibt bitte draußen. Wir können uns selber helfen.«

Vereinsamung macht junge Menschen computersüchtig wie nie zuvor. Social Distancing. Vereinsamung wird radikalisiert. Wandelnde Zwingburgen, die sich gegeneinander abschotten und nur noch Befehle von oben akzeptieren. Der Wunschtraum verhaltensgestörter Faschisten wird Wirklichkeit.

Wir stellen dem paranoiden Wahnsinn des Social Distancing die soziale Nähe entgegen. Wir werden das soziale Zusammenleben reaktivieren. Nach der furchtbaren kafkaesken Episode des Merkel-Corona-Regimes ist es unsere Berufung, die in den Dreck gefahrene Karre wieder auf die richtige Spur des Vertrauens und der Liebe zu bringen.

Wir versammeln uns am 29. August in Berlin, um die neue Zeit einzuläuten.

Wirklich.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Sommer der Demokratie.

Aufklärung, Wahlen, Republik.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 16. Ausgabe ab Samstag, 22. August 2020. Redaktionsschluss war am 20. Juli, 8 Uhr.
Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an A. Lenz, Vorstand K.D.W., **IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Anne Höhne, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke, Louise Thomas, Wolfgang Spraul, Friederike von Tippelskirch, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Alexander Richter, Nathan Gray. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.